

Ein Blick über den Gartenzaun zur Politikdidaktik

Gesellschaftspolitische Themen in der informatischen Bildung

von Bernd Knittel und Helmut Witten

In den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts bestanden innerhalb der Didaktik der Informatik z.T. noch sehr große Vorbehalte gegen die Behandlung gesellschaftspolitischer Themen im Informatikunterricht. So äußerte der bekannte Informatik-Didaktiker Rüdiger Baumann die Befürchtung, dass die Informatik in eine „technikorientierte Sozialkunde umfunktioniert oder gar zur Vermittlung politischer Bekenntnisse missbraucht [sic!]“ werden solle (Baumann, 1993, S.18).

Inzwischen ist das Themengebiet „Informatik, Mensch und Gesellschaft“ ein unbestrittener Bestandteil der informatischen Bildung. Schwierigkeiten gibt es allerdings immer noch bei der unterrichtlichen Umsetzung: Vielen Kolleginnen und Kollegen mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Hintergrund ist nicht wohl bei der Behandlung eines Themengebiete, in dem sie sich nicht zu Hause fühlen.

Im vorliegenden Beitrag sollen einige wichtige Aspekte der Politikdidaktik dargestellt werden. Die zentrale Fragestellung ist dabei, was die Didaktik der Informatik aus der Didaktik der politischen Bildung lernen kann.

Für LOG-IN-Leserinnen und -Leser sind die Autoren dieses Beitrags nicht unbekannt, denn sie haben bereits mehrere Unterrichtseinheiten zur informationstechnischen Grundbildung (ITG) entwickelt und viele gemeinsame Lehrerfortbildungsveranstaltungen zu dem Themenkomplex: „Gesellschaftspolitische Themen im Informatikunterricht und in der ITG – Methoden zur unterrichtlichen Umsetzung“ durchgeführt. Aus dieser Zusammenarbeit sind zahlreiche Artikel für diese Zeitschrift entstanden (vgl. z.B. Knittel/Steinfeldt/Witten, 1990; Knittel/Witten, 1991a, 1991b, 1991c, 1992, 1993 und 1994).

Hierbei hat sich eine wirklich fachübergreifende Zusammenarbeit ergeben: Bernd Knittel war langjähriger Fachseminarleiter für Politische Weltkunde, Sozialkunde und Geschichte, inzwischen leitet er ein Schulpraktisches Seminar. Helmut Witten ist Fachseminarleiter für Informatik.

Mit diesem Artikel soll in aktualisierter Form dargelegt werden, was die Didaktik der informatischen Bildung von der Politikdidaktik lernen kann.

Politische Bildung als Auftrag

Unser demokratischer Rechtsstaat lebt vom mündigen Mitdenken und Mitun seiner Bürgerinnen und Bürger und ihrer Bereitschaft, sich selbst- und sozialverantwortlich ein Urteil zu bilden, in der Verfassung normierte Regeln und Werte zu respektieren und sich für sie zu engagieren. Demokratie muss in jeder Generation neu gestaltet und gelebt werden. Politische Bildung in der Schule leistet einen fortdauernden und unverzichtbaren Beitrag zu persönlicher und gesellschaftlicher Orientierung sowie zur Entwicklung und Festigung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Selbstverständlich kann dieser Beitrag nicht nur in den wenigen Stunden geleistet werden, die für den Geschichts-, Politik- und Sozialkundeunterricht zur Verfügung stehen: Politische Bildung ist ein Auftrag sowohl für alle Fächer als auch für das Leben in der Schulgemeinschaft.

Eine Unterrichtsvorbereitung, in der nicht nur die mit den neuen Informationstechnologien verbundenen Sachprobleme, sondern *auch* deren politische Implikationen berücksichtigt werden, und die die erfolgreiche Bewältigung vielfältiger Herausforderungen im Alltags- und im späteren Berufsleben zum Ziel hat, steht vor besonderen Herausforderungen. Eine solche Planung muss bewährte Prinzipien politischer Bildungsarbeit in einem eher mathematisch-naturwissenschaftlich geprägten Unterricht berücksichtigen und selbstständig fortentwickeln. Steinmüller schrieb zur Wirkungsmacht der Computer bereits 1993:

Bei der Erforschung und Durchsetzung des Computers durch die Informatik kommt fast alles zusammen, was die Wissenschaft je mächtig gemacht hat: 2000 Jahre Mathematisierung der Welt, 800 Jahre rationalistische Intellektualität, 400 Jahre naturwissenschaftliches Experiment- und Modelldenken und 200 Jahre Machbarkeitsideologie des Ingenieurs, stets präsente Verfügbarkeit für Ökonomie, Politik und Militär – und das Neue: die erste Technik, die nicht materielle Güter produziert, sondern ideelle Objekte.

Der Unterricht über Informations- und Kommunikationstechniken muss nach unserer Ansicht vor einem solchen Hintergrund die Informatik in einem weiten Sinn verstehen. Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen dieser Techniken gehören zu den „epochalen Schlüsselproblemen des menschlichen Lebens und Überlebens“ (vgl. z.B. Bruhn, 1993, S.195). Ihre Darstellung, ihr Verständnis *und* ihre Kritik sind daher in die Planung einzubeziehen. Schon Ulrich Beck betont (1986, S.372f.), dass Kritik Fortschritt auf dem Weg in eine andere Moderne bedeutet:

Nur dort, wo Medizin gegen Medizin, Atomphysik gegen Atomphysik, Humangenetik gegen Humangenetik, Informationstechnik gegen Informationstechnik steht, kann nach außen hin übersehbar und beurteilbar werden, welche Zukunft hier in der Retorte ist. Die Ermöglichung von Selbstkritik in allen Formen ist nicht etwa Gefährdung, sondern der wahrscheinlich einzige Weg, auf dem der Irrtum, der uns sonst früher oder noch früher die Welt um die Ohren fliegen lässt, vorweg entdeckt werden könnte.

Diese andere Moderne darf nicht beschränkt bleiben auf technische Rationalität und Effizienz.

Parteinahme, Parteilichkeit, Indoktrination?

Im Jahr 1977 trafen sich in Beutelsbach Fachdidaktiker der Politischen Bildung verschiedener Positionen. Als immer noch wichtiges Ergebnis der Tagung konnte ein Minimalkonsens für die Politische Bildung formuliert werden (vgl. zur damaligen Diskussion in der alten Bundesrepublik: Schiele/Schneider (Hrsg.), 1987, und aktueller: Schiele/Schneider (Hrsg.), 1996):

Es ist nicht erlaubt, den Lernenden, mit welchen Mitteln auch immer, im Sinne erwünschter Meinungen zu überumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern. Hier verläuft die Grenze zwischen verantwortlicher Politischer Bildung und unverantwortlicher Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der Zielvorstellung von der Mündigkeit des Lernenden [...].

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch deutlich akzentuiert im Unterricht kontrovers erscheinen. Denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination bereits beschritten und der Weg zur freien Entfaltung der Lernenden und wissenschaftlich redlichem Lernen verstellt [...].

Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen gemeinschaftsverträglich zu beeinflussen.

Verbote und Sanktionen zur Vermeidung von kontroverser und problemorientierter Erörterung und Kritik der naturwissenschaftlich-technisch bestimmten Ent-



Foto: dpa/LOG-IN-Archiv

Bild 1: „Marsch auf Washington“ am 23. August 1963 für gleiche Rechte schwarzer US-Bürger – darf ein Lehrer Partei ergreifen?

wicklung unserer Gesellschaft sind abzulehnen, anzubieten sind realistische Verhaltensmuster, Analyse- und Kritikfähigkeiten und konstruktive Verhaltensalternativen, die auch Gefühle berücksichtigen.

Genau darin liegt für eine naturwissenschaftlich geprägte Unterrichtsvorbereitung, die sich auch politischer Bildung verpflichtet sieht, ein zentrales Entscheidungsproblem. Die gebotene *Absage an Parteilichkeit* (oder gar Indoktrination, s. Baumann, 1993, S.18) enthebt den Lehrer nicht der *Parteinahme, wenn es um essenzielle Fragen geht*. Parteinahme meint nicht nur die grundsätzliche Offenheit, sondern auch die Notwendigkeit einer Entscheidung und Parteinahme für bestimmte unverzichtbare Grundsätze. Dazu gehören z.B. die Bewahrung und Entfaltung einer humanitären Gesittung, Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit, die Gleichberechtigung aller Menschen, die Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und die Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung.

Heute geht es dabei auch angesichts des sich beschleunigenden Wandels durch die Globalisierung um den Bestand der Bindungskräfte einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaft. Die kontroverse Bewertung des technisch-ökonomischen Fortschritts und des stetigen sozialen Wandels muss daher *auch* im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht und damit im ITG- und Informatikunterricht thematisiert werden. Aus mathematisch-naturwissenschaftlicher Sicht betont bereits Jörn Bruhn wegweisend dazu (1993, S.195 f.):

Die uns umgebende Wirklichkeit zeigt zahlreiche Beispiele für unsere bisherigen Versäumnisse, vernetzend zu denken und unser Handeln dementsprechend zu orientieren. [...] Eine Einsicht in die Möglichkeiten und Gefahren wissenschaftlich-technischen Handelns ist zwar ohne naturwissenschaftliche Kenntnisse nicht möglich, aber aus diesen Kenntnissen allein entspringen keine Leit motive menschlichen Handelns.